März 2015

AMNESTY JOURNAL

DIE ZEITSCHRIFT FÜR MENSCHENRECHTE

MEIN KÖRPER. MEINE RECHTE.

INHALT

REUTERS/Mohsin Raza

STRINGER Iraq / Reuters

3 EDITORIAL

4 IRAK. Der Hölle entkommen
Folter und Sex-Sklaverei in Gefangenschaft der IS. Von Corinna Jakob

6 INDIEN
Ein Mädchen großzuziehen, ist wie die Pflanzen im Garten seiner Nachbarn zu gießen. Von Marlene Hofstätter

8 ICH ENTSCHEIDE, WER ICH BIN
Die Norwegerin Jean Jeanette ist eine Frau, die ihr wahres Geschlecht jahrzehntelang verbergen musste. Von Daniel Kreuz

10 BEIJING+20
Die Reise in Richtung Gleichberechtigung geht weiter

11 AKTUELL

12 DER RUF DES TERRORS NACH ZENSUR.
IS-Dschihadisten verbreiten ihre Gräueltaten ungebremst über soziale Netzwerke. Von Florian Klenk

15 ERFOLGE

16 MEHR ALS WISSEN ZÄHLT DIE HALTUNG
Silke Ruprechtsberger über ihre Eindrücke vom Islam-Workshop der Amnesty-Academy

18 AKTIV FÜR MENSCHENRECHTE

21 DIE KRONE FÜR MEINE BEMÜHUNGEN
Lilian Hofmeister im Portrait von Silke Ruprechtsberger

Impressum: Amnesty International. Informationen 02Z033408. **Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin:** Amnesty International Österreich, 1150 Wien, Moeringgasse 10/1. Stock, Tel.: (01) 7 80 08, Fax: (01) 7 80 08-44. E-Mail: info@amnesty.at. **Chefredaktion:** Christine Newald; **Finanz- und Spendenverwaltung:** Christian March; **Datenschutzbeauftragte:** Susanne Bisko; **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe**: Stephanie Geier, Marlene Hofstätter, Corinna Jakob, Florian Klenk, Daniel Kreuz, Christian March, Silke Ruprechtsberger, Daniela Schier, Andrea Strasser-Camagni. *Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.* **Design:** Patricio Handl; **Lektorat:** Cornelia Schweinberger; **Foto Cover:** Body Art von Hikaru Cho © Amnesty International. **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: (c) AI. **Druck:** Becker Mail, Philharmonikerstraße 6, 1010 Wien; **Amnesty-Spendenkonto:** IBAN: AT142011100000316326. BIC: GIBAATWWXXX **Vereinsregister:** ZVR 407408993
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaberin (Verlegerin): Amnesty International Österreich, eingetragener Verein, 1150 Wien, Moeringgasse 10/1, Tel.: (01) 7 80 08, Fax: (01) 7 80 08-44; **Präsident:** Anton Lorenz; **Präsidiumsmitglied für Finanzen:** Günther Oberklammer; **Präsidiumsmitglieder:** Bernhard Morawetz, Eva Maria Burger, Michelle Proyer; **Generalsekretär:** Heinz Patzelt; **Geschäftsführerin:** Barbara Harold; **Auflage:** 45.000 Stück; erscheint quartalsmäßig; **Erscheinungsort:** Wien. **Erklärung über die grundlegende Richtung:** Die grundlegende Richtung des Amnesty Journals ergibt sich aus den Satzungen des Vereins, den Beschlüssen der Internationalen Ratstagung und des Internationalen Exekutivkomitees sowie aus den Beschlüssen der Generalversammlung und des Vorstandes von Amnesty International Österreich. Das Amnesty Journal richtet sich an ÖsterreicherInnen, die sensibel für humanitäre und menschenrechtliche Anliegen sind und Interesse an persönlichem Engagement zeigen.

Laurent Ziegler

EDITORIAL

Von Christine Newald

> Mein Körper gehört mir.

Die Revolution der Frauen ist eine Revolution der Körper. Wir tanzen, trommeln, singen und lachen, um unseren Weg der Heilung gemeinsam weiter zu gehen. Wir nehmen unseren Platz im Universum wieder ein. Wie ein Phönix steigen wir aus der Asche: schöner und reicher an Erfahrung, stärker, selbstbewusster, kreativer und solidarischer. Die Verwandlung macht uns stark." So heißt es im Manifest von One Billion Rising, einer globalen Bewegungw für die Beendigung von Gewalt an Frauen und Mädchen.

Weltweit werden Frauen vergewaltigt, von extremistischen Gruppen verschleppt und versklavt. Jede dritte Frau hat schon einmal in ihrem Leben Gewalt erfahren. Menschen werden wegen ihrer Entscheidungen bezüglich Sexualität, Partnerwahl oder Schwangerschaft verfolgt – Entscheidungen, die ihr Intimleben betreffen und von niemandem kontrolliert werden sollen. Doch das Recht, über den eigenen Körper und die eigene Sexualität selbst zu bestimmen, wird Frauen und Mädchen in vielen Ländern und Zusammenhängen vorenthalten.

Tatsächlich weigern sich manche Staaten explizit, ihre Verpflichtungen wahrzunehmen, und in den einschlägigen UNO-Gremien sind es stets dieselben Themen, die zu Kontroversen führen: Der Schwangerschaftsabbruch, das Recht auf Sexualerziehung, die sexuelle Orientierung, die Definitionen von *Ehe* und *Familie*. Dabei haben die katholisch und islamisch orientierten Staaten, die im Verbund mit dem Vatikan solche Rechte vehement bekämpfen, durch christlich-fundamentalistische Kräfte zusätzliche Unterstützung erhalten. Diesen gelingt es zunehmend, auch die Positionen armer Länder des Südens zu beeinflussen, deren politische Herrscher innenpolitisch auf ihre Unterstützung angewiesen sind.

„NEVER TURNING BACK": Das Motto von Beijing 1995 ist auch heute wieder zu hören. Besonders im Zusammenhang mit der Definition künftiger globaler Entwicklungsziele im „Post-2015" Prozess: Gender-Gleichstellung und Frauenmenschenrechte sollen darin als separates Ziel verankert werden, das von allen Staaten verfolgt werden muss, aber auch als explizites Querschnittsziel in allen Bereichen. Zurzeit stehen die Chancen dazu nicht schlecht, doch ob es gelingt, ist noch offen.

Der große Gewinn von *Beijing* bleibt die breite Einsicht in die Notwendigkeit, bei innerstaatlichen Kämpfen um die Frauenrechte auf die internationalen Normen zurückzugreifen, auf die Regierungen sich verpflichtet haben – und umgekehrt. Dies immer wieder einzufordern, ist auch in Zukunft die Aufgabe von NGOs wie Amnesty International.

Jeder Mensch hat das Recht, in Angelegenheiten rund um die eigene Sexualität, um Partnerschaft und Schwangerschaft selbst zu entscheiden. Ohne Diskriminierung, Zwang oder Gewalt. Doch längst nicht überall sind diese Menschenrechte garantiert. Es ist Zeit für Gerechtigkeit! Denn Gewalt ist keine Sache der Opfer, sondern sie geht uns alle an.

PS: Aus aktuellem Anlass möchte ich dem Amnesty-Netzwerk Frauenrechte sehr herzlich zum 25-jährigen Jubiläum gratulieren und mich für die Zusammenarbeit für diese Ausgabe des Amnesty Journals bedanken!

JESIDISCHE FRAU IN EINEM FLÜCHTLINGSLAGER. FRAUEN WERDEN VOM IS FREIGELASSEN, DAMIT SIE DIE ERLEBTEN GRÄUELTATEN BEZEUGEN KÖNNEN.

IRAK: DER HÖLLE ENTK

Folter und Sex-Sklaverei in Gefangenschaft des IS: Mädchen und Frauen werden von den Kämpfern des sogenannten Islamischen Staates verschleppt, vergewaltigt und verkauft.

Von Corinna Jakob

Kämpfer des „Islamischen Staates“ streifen durch weite Teile Nordiraks und verschleppen von dort tausende Mitglieder nicht muslimischer oder auch nicht sunnitischer Glaubensrichtungen. Dabei fällt das besonders brutale Vorgehen gegen die Religionsgemeinschaft der Jesiden auf.

Im August 2014 entführten IS-Krieger tausende Jesidinnen. Die Männer wurden entweder sofort hingerichtet oder unter Androhung des Todes gezwungen, zum Islam zu konvertieren. Junge Frauen und Mädchen, manche von ihnen noch nicht einmal 12 Jahre alt, wurden von ihren Verwandten getrennt und verkauft. Diese Mädchen wurden dann an IS-Krieger oder deren Unterstützer verschenkt bzw. mit diesen verheiratet.

Viele von ihnen wurden gefoltert, misshandelt und vergewaltigt und schließlich ebenfalls gezwungen zum Islam zu konvertieren.

Randa, 16 Jahre, erzählt: „Ich wurde nach Mosul gebracht und dort festgehalten. Ich war im sogenannten Hauptquartier. Wir waren ungefähr 150 Mädchen und fünf Frauen. Ein Mann, genannt Salwan, holte mich von dort und brachte mich zu einem abgelegenen Haus. Ich wehrte mich, und er schlug mich. Er zwang mich seine Frau zu werden. Ich wollte das nicht und habe versucht mich zu wehren, aber er schlug mich wieder. Meine Nase blutete und ich konnte nichts tun, um

KOMMEN

ihn zu stoppen.“ Die Frauen werden in Syrien und Teilen Iraks festgehalten. Damit sie nicht gefunden werden können, wird der Standort immer wieder gewechselt. Der psychische Druck ist immens, immer wieder kommen Männer, um die Mädchen abzuholen. Keine weiß, wann sie an der Reihe ist.

Fast alle Überlebenden berichten von Folter und Vergewaltigung. Wer das Glück hatte zu fliehen, macht sich noch immer Sorgen um Verwandte und Familienangehörige, die sich noch in der Gewalt der IS-Kämpfer befinden. Die Betroffenen werden an unbekannte Männer verheiratet, die meist doppelt so alt sind wie sie selbst, an Kämpfer und Soldaten, aber auch an Händler und Geschäftsleute, die dem IS nützlich sind. Meist Iraker und Syrier, die ihre „Beute“ dann zu ihren Familien bringen, damit diese dann mit ihnen lebt. Die Familien der Entführer sind oft entsetzt und voller Mitgefühl für die Mädchen, doch auch sie können ihnen nicht helfen. Sie trauen sich nicht gegen das System des Islamischen Staates aufzubegehren. „Seine Frau war sehr nett zu uns und hatte Mitleid mit uns. Sie weinte mit uns und wollte uns helfen, aber sie konnte nicht“, erzählt eine Überlebende.

Als einziger Ausweg bleibt den Mädchen oft nur der Selbstmord. Immer wieder wurde Amnesty International davon berichtet. Die Mädchen, insbesondere die jungen und hübschen, machten ihrem Leben ein Ende, um ihre Ehre zu behalten und sich den systematischen Vergewaltigungen zu entziehen. Ein Schwesternpaar half sich gegenseitig, um sich mit ihren Schals zu erhängen. Sie wurden jedoch von einer anderen Frau rechtzeitig gerettet.

AUF DIE GEWALT FOLGT DIE „SCHANDE“. Aber auch nach der Flucht geht der Leidensweg der Frauen weiter. Die jesidische Religion verbietet voreheliche Sexualbeziehungen ebenso wie Beziehungen zu einem Partner, der eine andere Religion ausübt. In solchen Fällen fallen die Frauen in Schande, ihnen droht der Ehrenmord. Das macht es äußerst schwierig für die Verschleppten, einen passenden Ehemann zu finden, auch wenn jesidische Religionsführer immer wieder dazu aufrufen, die Mädchen nicht zu verurteilen, sondern ihnen als Opfer des IS jede nötige Unterstützung zukommen zu lassen.

Die Überlebenden wohnen nach ihrer Rückkehr oft bei entfernten Verwandten, da die Kernfamilie meist tot oder ebenfalls verschleppt ist. Für diese Familien, die oft selbst ums Überleben kämpfen, ist es nicht einfach, noch eine Person zu ernähren. Eine passende Ehe wäre in den überwiegend ländlichen Gebieten der einzige Ausweg.

Aus Scham und aus Angst vor der Stigmatisierung verschweigen viele Mädchen, dass sie Opfer von sexueller Gewalt wurden, insbesondere in ihrem unmittelbaren Umfeld. Dadurch haben sie aber auch keinen Zugang zu medizinischen und psychologischen Hilfseinrichtungen, welche die kurdische Regierung oder ausländische Hilfsorganisationen bieten. Diese sind ohnehin zu wenig und für die meisten Frauen aufgrund der Entfernung nicht erreichbar.

„DER IS HAT MEIN LEBEN ZERSTÖRT“. Die Auswirkungen des Traumas sind vielfältig. Neben den möglichen körperlichen Folgen drohen Depressionen, Schlafstörungen und Angstzustände. Auch nach ihrer erfolgreichen Flucht begehen Mädchen Selbstmord, da sie keine Möglichkeit sehen, mit dem Erlebten umzugehen.

Es gibt zu wenig Hilfsangebote. Im Gegenteil: auf die Frauen wird oft erheblicher Druck ausgeübt, damit diese mit nationalen und internationalen JournalistInnen sprechen. Alle möchten ein Interview mit einer Überlebenden. Oft fühlen sich die Mädchen verpflichtet, aus Dankbarkeit der Familie gegenüber, die sie aufgenommen hat, ein Interview zu geben, manchmal geschieht es aber auch mit List. Eine Frau erzählte, ihr wurde gesagt, sie würde medizinische Hilfe wegen ihrer Panikattacken erhalten, aber als sie den Raum betrat, befand sich darin nur ein Fernsehteam.

„Die Angst vor den Verbrechen, die der IS an den Frauen und Kindern begehen könnte, ist viel größer als die Angst davor, vom IS getötet zu werden“, so ein jesidischer Vater.

Den englischen Bericht „ESCAPE FROM HELL. TORTURE AND SEXUAL SLAVERY IN ISLAMIC STATE CAPTIVITY IN IRAQ“ finden Sie auf www.amnesty.org unter Library

---

Corinna Jakob ist langjähriges Mitglied und ehemalige Sprecherin des Frauennetzwerks von Amnesty International Österreich.

INDIEN

Ein Mädchen großzuziehen, ist wie die Pflanzen im Garten seiner Nachbarn zu gießen

Diskriminierung, Zwangsheirat, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Mädchenmorde, Tötung weiblicher Föten – die Geringschätzung von Frauen und Mädchen ist oftmals noch indische Realität. Doch ein Umdenken hat begonnen und Frauen fordern ihre Rechte. Einblicke und Erfahrungen.

Von Marlene Hofstätter (Bericht und Fotos)

In Indien werden Frauen immer noch oft genug als Menschen zweiter Klasse betrachtet. Die Frau ist das Arbeitstier, der Mann Gott. Man hört von Hetzerei, Zwangsheirat, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Mädchenmorden, der Tötung weiblicher Föten und sogar manchmal noch von Witwenverbrennung. Obwohl sich schon ein großes Umdenken in den Köpfen der Inder und Inderinnen eingestellt hat, ist das Thema immer noch, vor allem in ländlichen Gebieten, präsent. Für die Tötung von weiblichen Föten sind zwei Gründe hauptverantwortlich: der Glaube, nur der Mann kann die Familie versorgen und die Mitgift. Die Mitgift ist die Schenkung eines großen Vermögens, die das Elternpaar der Braut der Familie des Bräutigams überreichen muss. Diese ist für die Familie der Braut eine große finanzielle Belastung. Sie ist zwar seit 1961 verboten, wird jedoch noch immer vom Bräutigam eingefordert. Deshalb gilt weiterhin der Grundsatz: „Ein Mädchen großzuziehen ist, wie die Pflanzen im Garten seiner Nachbarn zu gießen.“ Außerdem gilt die Misshandlung von Frauen nicht selten als interne Familienangelegenheit, in die man sich nicht einmischt. Frauen, die durch Vergewaltigungen vor der Ehe schwanger werden, müssen meist aus ihren Dörfern fliehen, um der Hetze wegen der Schande zu entkommen. Stirbt der Ehemann, ist es für die Frau oftmals unmöglich, sich finanziell über Wasser zu halten. Es entsteht Armut und Witwen werden aus der Gesellschaft ausgestoßen. Viele Frauen werden dadurch nach dem Tod des Mannes in den Selbstmord getrieben.

WANDEL IN DER GESELLSCHAFT. Während meines Aufenthalts bekam ich jedoch auch den starken Wandel in der indischen Gesellschaft zu spüren. Immer öfter werden in den Medien die Übergriffe auf Frauen thematisiert. Die Medienberichte zeigen, dass diese Misshandlungen nicht mehr als Privatangelegenheit oder sogar als Selbstverständlichkeit angesehen werden. Nein, es ist eine Sensibilisierung der Thematik erkennbar.

Immer mehr Frauen in Indien stehen auf und kämpfen für ihre Rechte. Mehr und mehr Vereine und Organisationen zum Schutz der Frauen werden gegründet, die sich, aufgrund der Ungerechtigkeiten, an die Öffentlichkeit wenden. Die Medien werden als Instrument zur Veränderung eingesetzt. Die ganze Welt soll erfahren, wie die Frauen in Indien noch immer behandelt werden. Die Gesellschaft soll sich des Problems bewusst werden und gemeinsam dagegen ankämpfen.

KONSERVATIVER GEGENWIND. Doch es gibt Rückschläge. Viele konservative Männer fühlen sich bedroht von der Stärke der liberalen Frauen in der heutigen Gesellschaft Indiens. Ihnen hat das „Leben als Gott" gefallen, die alte Ideologie wird als die einzig Richtige empfunden. Aufgrund der heutigen Bedrohung durch die Stärkung der Frauen fühlen sich viele Männer hilflos und Hilflosigkeit führt oft zu Gewalttätigkeit. Auch der strikte moralische Druck, erst nach der Heirat Sex zu vollziehen einerseits, die andauernde moderne sexuelle Reizung durch Internet und Fernsehen andererseits, tragen zu Übergriffen bei.

Durch die fehlende Infrastruktur kommt es in den entlegenen Dörfern noch immer zur Selbstjustiz durch den Dorfvorsteher, der die Gesetze oft zum Nachteil der Frauen auslegt. Je tiefer es in ländliche Gegenden geht, umso willkürlicher sind die Gesetze. Viele Frauen dürfen das Haus nicht verlassen, die Männer bestimmen über sie. Der Mann sagt, wann die Frau hinaus darf. Aber auch die Eltern des Mannes sehen die Schwiegertochter manchmal als ihre Arbeiterin, als wäre sie ein Besitz, über den sie herrschen können.

WERTSCHÄTZUNG DURCH KLEINE GESTEN. Während meiner Arbeit bei Maher wurde für mich die noch immer starke Diskriminierung der Frauen sichtbar. Ich bekam dies zum ersten Mal vorgeführt, als ich gemeinsam mit der Gründerin von Maher, Sr. Lucy, und anderen MitarbeiterInnen auf ein Fest in einem Dorf eingeladen war. Maher unterstützt dieses Dorf und gründete

hier eine Selbsthilfegruppe. Die Feierlichkeiten waren sehr schön. Danach wurde beim Dorfvorsitzenden auf einen Chai eingeladen. Die besten Decken wurden für uns vor das Haus gelegt, um uns darauf niederzulassen. Sr. Lucy erklärte uns, dass seine Frau im Haus sei, sie dürfe nur aus dem Haus, wenn eine ältere, höher angesehene Person als der Mann oder der Mann darum bitte. Dies tat sie. Sie bat die Frau heraus. Diese setzte sich abseits schüchtern hin. Doch Sr. Lucy bat sie, als Zeichen der Anerkennung, sich zu ihr zu setzen. Selbst mit diesen kleinsten Gesten versucht Maher ein Umdenken zu erreichen. Denn Tatsache ist: Es kommt beinahe nie vor, dass sich eine Durchschnittsfrau zu hoch angesehenen Menschen setzen darf.

EIN LAND IM WANDEL. Im Großen und Ganzen steckt Indien in einem großen Wandel. Die Meinungen sind sehr gespalten, die Differenz zwischen Land und Stadt überaus groß. Doch Sex vor der Ehe wird selbst bei der jüngeren Generation für Frauen als unangebracht angesehen. Die Frauen, die sich gegen diese moralischen Vorstellungen wehren, werden geächtet. Dass der Kampf gegen die Diskriminierung der Frau noch einen sehr weiten Weg hat, wurde mir während meines Aufenthalts vor Augen geführt.

RISING TO NEW LIFE
नव जीवनाची सुरुवात
MAHER

Die NGO Maher begann mit der Aufgabe, die Situation der indischen Frau zu verbessern. Inzwischen ist der Aufbau soweit fortgeschritten, dass zahlreiche Häuser ca. 300 Frauen, 700 Kinder und 20 Männer beherbergen und betreuen. Die KlientInnen sind oft psychisch erkrankt, traumatisiert oder von physischer Gewalt betroffen und haben keine Existenzgrundlage mehr. Maher bietet eine Grundversorgung und Ausbildung, Bewusstseinsbildungsprogramme sowie Selbsthilfegruppen. So wird betroffenen Frauen, deren Kindern, Straßen- und Waisenkindern sowie neuerdings auch älteren Frauen und Männern Schutz und Fürsorge für eine bessere Zukunft geboten.

Marlene Hofstätter studiert Soziale Arbeit an der Fachhochschule St. Pölten und hat ein Praktikum in Pune / Indien bei der Nichtregierungsorganisation „Maher" absolviert.

ICH ENTSCHEIDE, WER ICH BIN

Die Norwegerin John Jeanette Solstad Remø ist eine Frau, die ihr wahres Geschlecht lange verbergen musste. Doch heute setzt sie sich offen für die Rechte von Transgender ein.

Von Daniel Kreuz

Jahrzehntelang hatte John Solstad Remø seiner Heimat Norwegen als Soldat in der Königlichen Marine treu gedient. Als Remø in den Ruhestand ging, konnte er auf eine beachtliche Karriere zurückblicken, in der er es bis zum Kommandanten eines U-Boots gebracht hatte. Abtauchen, sich unter der Oberfläche verstecken, im Verborgenen operieren – das gehörte zu seinem Alltag. Aber leider nicht nur im Beruf, sondern auch im Privatleben. Denn John Solstad Remø ist Transgender – und heißt mittlerweile John Jeanette.

Ihre wahre Identität konnte die heute 65-Jährige aus Angst vor Ausgrenzung und Anfeindungen lange Zeit nicht ausleben. Stattdessen musste sie sich verstellen und konnte nur im Verborgenen so sein, wie sie wirklich ist: eine Frau geboren im Körper eines Mannes: „Als ich vier oder fünf Jahre alt war, erwischte mich meine Mutter, als ich Frauenkleider anprobierte. Sie sagte mir, dass so etwas streng verboten sei und eine Schande für die ganze Familie, wenn ich mich so anziehen würde."

Bei der Marine diente John Jeanette nicht als Kommandantin, sondern als Kommandant. Sie stammt aus einer Militärfamilie. Es stand außer Frage, dass auch sie diese Tradition fortführen und eine militärische Laufbahn einschlagen sollte. Um die Erwartungen ihrer Eltern zu erfüllen, führte sie ein Doppelleben: Bei der Marine arbeitete sie als Seelotse und U-Boot-Kommandant, doch in ihrer Freizeit nutzte sie jede Gelegenheit, um sich als Frau zu kleiden. „Das war anstrengend für mich. Ich war voller Angst und als ich

später damit begann, mehr und mehr als Frau gekleidet auszugehen, wurde die Angst immer schlimmer.“ John Jeanette sagt, sie sei schon ihr „gesamtes Leben lang Transgender“. Doch sie musste es viele Jahre verstecken: „Es war sehr hart für mich, aufzuwachsen ohne jemanden zu haben, mit dem ich über alles reden konnte. Aber ich überlebte, indem ich in anderen Bereichen herausragende Leistungen erbracht und gleichzeitig meine Gefühle unterdrückt habe“.

Im Jahr 1986 schloss sich John Jeanette der „Norwegian Association for Transgender people (FTP-N)“ an, doch erst 2010 hatte sie ihr „Coming Out“. Sie engagiert sich als Aktivistin in verschiedenen Organisationen für die Rechte von Transgender: „Ich habe immer davon geträumt, dass ich eines Tages mit der Tatsache, dass ich selbst Transgender bin, dazu beitragen kann, dass sich etwas ändert. Es hat fast 61 Jahre gedauert, bis ich einfach nur ich sein konnte, aber nun kann ich meinen Traum endlich richtig ausleben.“

In ihrem Pass steht nun als Name John Jeanette, doch ihre Freunde nennen sie einfach nur Jeanette. In der Öffentlichkeit benutzt sie aber auch den Namen John – aus Protest, um auf die diskriminierenden Gesetze aufmerksam zu machen. Denn es ist in Norwegen zwar relativ einfach, den Namen zu ändern, aber dies geht nicht einher mit einer Änderung der Anrede „Herr“ oder „Frau“. Daher steht auch in John Jeanettes Pass nach wie vor als Geschlecht „männlich“, obwohl sie sich selbst als Frau fühlt.

Um dies zu ändern, haben die Ämter große Hürden aufgebaut. Alle EinwohnerInnen Norwegens bekommen von der Steuerbehörde eine elfstellige Identifikationsnummer zugewiesen, die auch die Angabe über das Geschlecht enthält. Auf Grundlage dieser Nummer werden alle offiziellen Dokumente ausgestellt. Wenn Transgender die Nummer ändern wollen, damit sie mit dem von ihnen bevorzugten Geschlecht identifiziert werden, müssen sie eine komplette Geschlechtsumwandlung

Es hat fast 61 Jahre gedauert, bis ich einfach nur ich sein konnte, aber nun kann ich meinen Traum endlich richtig ausleben.“

über sich ergehen lassen. Dazu gehören psychiatrische Begutachtungen und medizinische Behandlungen, einschließlich einer geschlechtsangleichenden Operation, bei der die Fortpflanzungsorgane chirurgisch entfernt werden, was eine unumkehrbare Sterilisation zur Folge hat. Damit diese Operation durchgeführt wird, müssen Psychiater zuvor diagnostizieren, dass ein Fall von Transsexualität vorliegt. Wie viele andere Transgender verweigert John Jeanette einen solch massiven Eingriff: „Das wäre nicht gut für meinen Körper. Das weiß ich genau, denn ich habe viele Menschen gesehen, die danach Probleme hatten. Außerdem möchte ich, dass meine Sexualität so bleibt, wie sie ist. Und um diese Operation zu bekommen, muss man gewissermaßen geisteskrank sein, und darüberhinaus würde ich kastriert werden – nur, damit die Regierung mich so anerkennt, wie ich möchte.“

Patricia Kaatee von der norwegischen Amnesty-Sektion stellt klar: „Die einzige Voraussetzung, die nötig sein sollte, um sein Geschlecht zu ändern, ist die eigene Wahrnehmung der Geschlechtsidentität und keine Diagnose oder Sterilisation. Es ist ein grundlegendes Menschenrecht, seine eigene Identität auszudrücken. Das gilt auch auf offiziellen Papieren.“

Doch in der Realität wird John Jeanettes Recht auf Privatsphäre und gesetzliche Anerkennung tagtäglich verletzt. „Wenn ich mit einem Rezept in die Apotheke gehe, wundern sich die Mitarbeiter sofort und stellen mir alle möglichen Fragen: ‚Sind das wirklich Sie? Dieses Papier sagt, dass sie ein Mann sind, aber Sie sehen aus wie eine Frau.‘ Dasselbe passiert, wenn ich mir in der Bibliothek ein Buch ausleihen möchte, bei der Post ein Paket abholen möchte oder in Hotels einchecke. Solche beschämenden Momente passieren die ganze Zeit.“

In den vergangenen Jahren haben verschiedene Organisationen mit Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit versucht, endlich eine Besserung herbeizuführen. Auch Amnesty hat sich für John Jeanette eingesetzt. Im Juni kündigte der norwegische Gesundheitsminister Bent Høie Verbesserungen an: „Ich bin mir im Klaren darüber, dass das gegenwärtige System nicht akzeptabel ist.“ Es sei sehr schlecht konzipiert.

John Jeanette hofft, dass der Minister Wort hält: „In meinem Pass steht, dass ich ein Mann bin. Überall werde ich als Frau wahrgenommen, bis sie meine Papiere sehen. Es würde die Regierung nicht viel kosten, dies zu ändern. Gebt mir einfach einen neuen Pass. Ich bezahle ihn auch gerne selbst.“

Daniel Kreuz ist freier Journalist und lebt in Berlin.

BEIJING+20

Die Reise in Richtung Gleichberechtigung geht weiter

Die Hoffnung war groß, als vor 20 Jahren die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking stattfand. Die „Erklärung und Aktionsplattform von Peking“, das Schlussdokument von 1995, ist bis heute ein wichtiges Dokument für die Menschenrechte von Frauen. Heuer sollen die Fortschritte überprüft werden.

Vor 20 Jahren kam die Welt in Peking anlässlich der vierten Weltfrauenkonferenz zusammen. 189 Regierungen verabschiedeten einen visionären Plan zur Geschlechtergleichstellung: Die Erklärung und die Aktionsplattform von Beijing. Über 17.000 Delegierte und 30.000 AktivistInnen machten sich ein Bild von einer Welt, in der Frauen und Mädchen gleiche Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten in allen Bereichen des Lebens haben.

Die Erklärung von Peking benannte Aktionen in 12 Bereichen, die für Frauen und Mädchen auf der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung sind. Regierungen, der private Wirtschaftssektor und andere EntscheidungsträgerInnen wurden dazu aufgefordert, die Armut von Frauen und Mädchen zu reduzieren, ihren Zugang zu Bildung und Ausbildung zu sichern, ihre Gesundheit – inklusive ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit – zu gewährleisten, sie vor Gewalt und Diskriminierung zu schützen sowie sicherzustellen, dass technologischer Fortschritt zum Nutzen aller eingesetzt wird. Ziel aller Maßnahmen soll die vollständige und gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Mädchen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sein.

Die Erklärung und Aktionsplattform von Peking ist nach wie vor die umfangreichste globale Vereinbarung zur Stärkung von Frauen und zur Realisierung der Gleichstellung der Geschlechter. Wenn sie nur in allen Teilen umgesetzt worden wäre!

DIE FORTSCHRITTE. Dennoch können wir heute Fortschritte feiern. Mehr Mädchen gehen in die Schule. Mehr Frauen arbeiten, werden gewählt und nehmen Vorstandspositionen ein. Aber in allen Regionen und in allen Ländern der Welt sehen sich Frauen nach wie vor mit Diskriminierung konfrontiert, weil sie Frauen sind.

Studien belegen, dass für jedes zusätzliche Jahr, in dem Frauen sich bilden, die Kindersterblichkeit um 9,5 Prozent sinkt. Gleicher Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen für Landwirtinnen würde die Produktion stark in die Höhe treiben und den Hunger von 150 Millionen Menschen eliminieren. Eine Milliarde Frauen werden im nächsten Jahrzehnt in die Weltwirtschaft eintreten. Mit gleichen Möglichkeiten wird ihre Teilhabe ein globaler „Game-Changer“ für unseren Wohlstand sein. Wir können und müssen dieses Bild zur Realität machen. Zurzeit arbeitet jedes Land daran, die Millennium-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen und einen neuen globalen Entwicklungsplan zu definieren.

Wir müssen diese einmalige Gelegenheit nutzen, um die Gleichstellung der Geschlechter, Frauenrechte und die Stärkung von Frauen ins Zentrum dieser neuen globalen Agenda zu platzieren.

Aus der Erklärung von Phumzile Mlambo-Ngcuka, Direktorin von UN Women zur Kampagne „Beijing +20“

AKTUELL

„Abkürzen“ per Elektroschock

PHILIPPINEN. In dem südostasiatischen Inselstaat bedrohen Polizisten Festgenommene mit vorgehaltener Pistole, um sie zu einer Aussage zu bewegen. Nach Ansicht der Polizei lassen sich auf diese Weise Ermittlungen „abkürzen“. Ein aktueller Bericht von Amnesty International dokumentiert die weite Verbreitung von Foltermethoden auf den Philippinen, darunter Elektroschocks, vorgetäuschte Hinrichtungen, „Waterboarding“, Schläge und Vergewaltigungen. Insbesondere Jugendliche werden auf Polizeistationen gezielt misshandelt. Seit 2001 hat die Menschenrechtskommission des Landes 457 Fälle von Folter erfasst. Bis heute ist jedoch kein einziger Verantwortlicher verurteilt worden. Nur wenige Folteropfer wagen es, die Vorfälle anzuzeigen. Ein 15-jähriger Jugendlicher, der von zwei Polizisten verprügelt worden war, sagte Amnesty: „Ich wusste nicht, dass die Polizei das gar nicht darf.“ Die seit 2009 geltenden Antifoltergesetze laufen völlig ins Leere. Notwendig wäre die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle, die Fälle von Folter eigenständig verfolgen kann.

TRANSGENDER ALS FEINDBILD

EU. Angst auf der Straße, keine Chance auf dem Arbeitsmarkt und bloß nicht mit der falschen Kleidung auffallen: Transgender-Personen erleben in der EU Gewalt und Diskriminierung. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der EU-Grundrechteagentur. Die Hälfte der Befragten gab an, öffentliche Plätze und Straßen zu meiden. In Großbritannien, Ungarn und Irland gibt es für zwei von drei Befragten No-Go-Areas. Grund dafür sind Übergriffe und Pöbeleien, die meist von Gruppen männlicher Teenager ausgehen. Gewalterfahrungen machen Transgender-Personen insbesondere in Litauen, Irland, Belgien und Großbritannien. Männliche Cross-Dresser und Trans-Frauen werden besonders oft angegriffen. Rechtsextreme Motive sind dabei nicht die Regel. Dass die Betroffenen auch stark diskriminiert werden, machen Angaben zum Arbeitsmarkt deutlich: Während im EU-Durchschnitt 72 Prozent aller Männer beschäftigt sind, sind es unter Trans-Männern nur 36 Prozent. Bei Trans-Frauen ist der Unterschied etwas weniger ausgeprägt. Auch in den Bereichen Bildung und Gesundheit gibt es eine erschreckende Kluft. Die Grundrechteagentur spricht von einer “alarmierenden Realität für Transgender-Personen” in Europa.

Peitschenhiebe gegen die Meinungsfreiheit

SAUDI-ARABIEN. Er erhielt 50 Peitschenhiebe in fünf Minuten, weitere 950 sollen über die kommenden 20 Wochen hinweg folgen. Der saudische Blogger Raif Badawi wurde am 9. Januar erstmals vor der Al-Jafali Moschee in Dschidda ausgepeitscht. Unmittelbar nach dem Freitagsgebet und umringt von einer Menschentraube peitschte ein Bediensteter auf Badawis Rücken und Beine ein, ohne nur eine Pause zu machen. Badawi blieb dabei gefesselt. Umstehende riefen vor Freude.

Amnesty International setzt sich weiterhin vehement für Badawi ein. Wir treffen uns jeden Donnerstag vor der saudi-arabischen Botschaft und sammeln Unterschriften. Neben den Peitschenhieben ist er zu zehn Jahren Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet etwa 195.000 Euro verurteilt. Außerdem darf er das Land nach Verbüßung seiner Haft zehn Jahre lang nicht verlassen. Seine Familie ist nach Kanada geflüchtet.

Privat

REUTERS/Stephane Mahe

DER RUF DES TERRORS NACH ZENSUR

IS-Dschihadisten posten ihre eigenen Kriegsverbrechen, und soziale Netzwerke filtern die Gräueltaten nicht. Der Massenmord erreicht unsere Sofas. Und nun?

von Florian Klenk

Der Selbstversuch ist ein Kinderspiel: Ein paar Sekunden dauert es, die Snuffvideos der IS-Schergen zu finden, die großen Internetplattformen helfen mit. Man muss kein Darknet betreten, um die Filme zu finden, und auch keine Websites des Kalifats-TV recherchieren.

Der „User" braucht bloß einen Gmail-Account, gibt sich bei der Registrierung als Erwachsener aus und klickt sich bei YouTube durch. Es reicht auch, die Google-Videosuche anzuwerfen. Dort, wo jede Sexszene zensiert wird, kann man mit dem Schlagwort „Beheading" jungen Menschen beim Sterben zusehen. In seiner Uniform liegt da gerade

SOLIDARITÄTSMARSCH IN FRANKREICH NACH DEM ANSCHLAG AUF DIE REDAKTION VON CHARLIE HEBDO.

ein junger Soldat am Boden, und ein paar vermummte IS-Dschihadisten halten ihre Smartphone-Kameras direkt vor seinen Kopf, als ob sie eine Rangelei am Schulhof filmten.

JEDES KIND KANNS SEHEN, WAS DIE MÖRDER MIT DEN HANDYS FESTGEHALTEN HABEN. Man starrt in aufgerissene, entsetzte Augen und realisiert, dass dem jungen Mann gerade der Kopf abgetrennt wird. Das dauert mit einem kleinen Messer länger, als man denkt. Die Dschihadisten schreien „Allahu akbar!“. 201.000 Menschen haben das Video gesehen, 111 „Gefällt das“. Wer das Video zu Ende gesehen hat, dem helfen Googles Algorithmen weiter. Sie führen hinein in eine Videogalerie der Bestialität. Rechts, in der kleinen YouTube-Leiste, die unaufgefordert „ähnliche Videos“ auflistet, wird man zu den nächsten Richtplätzen und Exekutionen geleitet. Da gibt es Massenerschießungen von hunderten nackten Soldaten in der Wüste. Dort werden zwei Buben mit verbundenen Augen an die Wand gestellt und erschossen. In einem perfekt geschnittenen Video sieht man drei Fernfahrer, die ein paar Fragen zu Allah nicht beantworten können und deshalb am Straßenrand ermordet werden.

Diese Filme werden auch in vermeintlich aufklärerischer Absicht zu „Dokumentationszwecken“ verbreitet. Ein gemäßigter Wiener Imam unterlegt seine Predigt gegen den Dschihadismus gerne mit zusammen gegoogelten Schockern: aufgespießte Köpfe, Gekreuzigte, Männer, die wie Lemminge im Gänsemarsch buchstäblich zu einer Schlachtbank am Ufer des Tigris geführt werden. Schlimm und unislamisch sei das alles, predigt er. Der Informationswert ist nach wenigen Augenblicken gering, der „shock value“ und die Traumatisierungsgefahr sind enorm.

Selbst jene, die nicht suchen, sind den Bildern ausgeliefert. Facebook, bei jedem nackten Busen heikel, lässt es zu, dass „Freunde“ Terrorvideos in die Timeline jener Ahnungslosen posten, die eigentlich nur Katzenbilder sehen wollen. Da Videos bei Facebook sofort starten und nicht mehr angeklickt werden müssen, sind die Bilder der zuckenden Körper von 250 Erschossenen sofort zu sehen.

Ein neues Mediendilemma tritt da zutage. Das von „Usern“ so heftig herbeigesehnte Ende der Filterfunktion des Journalismus wird Realität, die Terrorblogger von IS nutzen die totale Freiheit, um mit ihrer „perfekt geschnittenen“ und in sozialen Medien verbreiteten Gräuelpropaganda die Wohn- und Kinderzimmer zu erobern. Das „Terrorkino“, schreibt Manfred Schneider in der NZZ, bringe „auf die Benutzeroberflächen die äußersten Scheußlichkeiten, die jetzt nicht mehr Krieg heißen und einem Schauplatz zugehören, sondern Terror und auf allen Rechnern der Erde wieder und wieder stattfinden“.

KRIEGSVERBRECHER POSTEN STOLZ IHRE TATEN. Reporter wie die geköpften Freelancer James Foley und Steven

Sotloff, die ihre Bilder und Berichte auf Erträglichkeit und Informationswert sichteten, werden durch ihre Mörder abgelöst, die mit selbstgedrehten Gräuelfilmen Krieg führen.

Müssen und sollen wir uns das – im Interesse der Opfer – ansehen, wofür Evelyn Finger in der Zeit plädiert? Man möge die Bilder genau betrachten, rät sie, um zu kapieren, dass der Islamische Staat „real" und das Böse im Sinne Hannah Arendts alltäglich und „banal" sei.

Oder müssen wir den Zugang zu den Bildern beschränken – weil sie sonst auch Kontrolle über unsere Bildwelt und unsere Gedanken bekommen, uns im schlimmsten Fall auch selbst zu Morden oder unvorbereiteten Kriegen anheizen oder einfach nur ängstigen? Das Neue ist: Die Kriegsverbrecher von heute kleben ihre Fotos nicht mehr verschämt in Erinnerungsalben, wie einst die NS-Schergen, sondern sie posten die Bilder ihrer Taten. Der Richtplatz der maskierten Henker steht somit in den Wohnungen des globalen Dorfes. Die Terroristen des IS, so analysiert die auf politische Ikonografie spezialisierte Wiener Politologin Petra Bernhardt, unterdrücken Berichte über Gräueltaten nicht mehr, wie es andere totalitäre Bewegungen taten, sondern sie fertigen sie selbst an und werben mit den Taten für ihren Kampf oder schlagen damit Feinde in die Flucht. Vorbei sind die Zeiten, als staatliche Armeen Bilder vom chirurgisch präzisen Krieg verteilten. Der IS dokumentiert seinen hybriden Krieg mit Unterstützung überrumpelter westlicher Medienkonzerne, die offenbar nicht willens oder fähig sind zu filtern, weil sie sich nicht als journalistische Unternehmen, sondern als „Plattformen" verstehen, die für Inhalte nicht verantwortlich gemacht werden wollen.

AUFRUF ZUR ZENSUR? Soll man nun, wie es Ronan Farrow, Ex-Unicef-Sprecher und prominenter US-Journalist, in der Washington Post tut, für staatliche Zensur plädieren? Farrow erinnert an Ruanda. Hier sei durch den massenmedialen Aufruf zu Gräueltaten via Radio die Katastrophe erst so richtig befeuert worden. Eine Sperre sei geboten und auch möglich, wie der Kampf gegen Kinderpornografie zeige. Menschenrechtlich sei die Einschränkung von Terrorpropaganda gedeckt, ja sogar geboten.

Doch viele fürchten den zensierenden Staat. Es gibt daher auch eine Art globalen Gruppendruck im virtuellen Dorf, der die CEOs der Milliardenkonzerne zu mehr Kontrolle des unerträglichen Content bewegt. Den Auftakt zur Selbstzensur machte Twitter-Chef Dick Costolo, allerdings erst, als mit James Foley ein prominenter Journalist und Amerikaner unter den Opfern war. IS-Terroristen konnten noch via Twitter ungehindert den Link zum Enthauptungsvideo des Reporters und die „Message to Obama" verbreiten, die der Journalist vor dem Tod in die Kamera sprechen musste. Nach einem Aufschrei unter dem Hashtag #isismediablackout und einem Appell von Promis und Hinterbliebenen, die Bilder nicht zu zeigen, versprach Costolo, terroristische Inhalte zu filtern und jene Accounts stillzulegen, die das Enthauptungsvideo verbreiteten.

Es ist technisch durchaus möglich, die Terrorpropaganda aus sozialen Netzwerken zu putzen, so wie dies etwa bei Kinderpornografie der Fall ist.

Das sind symbolische und ungewöhnliche Schritte, denn sie zeigen, dass die Plattformen sehr wohl zu redaktionellen Eingriffen bereit sind. Aber sie nutzen wenig.

Die letzten Worte des im vergangenen September enthaupteten Journalisten Steven Sotloff können in Sekundenschnelle via Google-Search im Web gefunden werden. Sofort sieht man das Video, das ihn kniend im orangen Overall zeigt, ein Ansteckmikro am Kragen. Auf Twitter findet man das Video nicht so leicht.

Es ist technisch also durchaus möglich, die Terrorpropaganda aus sozialen Netzwerken zu putzen, so wie dies etwa bei Kinderpornografie der Fall ist. Und es gibt wachsenden kollektiven Druck, Bilder aus Netzwerken zu entfernen.

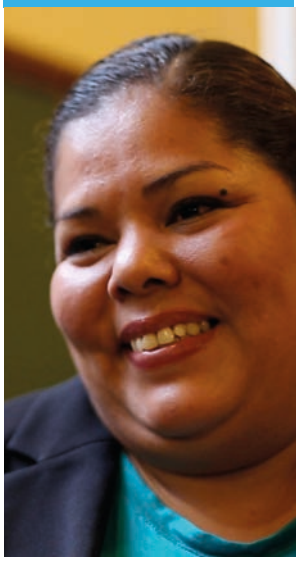
ARGUMENTE FÜR UND WIDER - STRATEGIE FEHLT. Der NSA-Aufdeckungsjournalist Glenn Greenwald warnt davor, dass mit dem breit akzeptierten Säubern der Köpfungsvideos die Türe zur willkürlichen Zensur geöffnet werde. Profitorientierte Manager der Internetgiganten könnten dazu übergehen, künftig jene Bilder zu filtern, die ihnen oder einer Mehrheit der 1,2 Milliarden Facebook-Nutzer und 300 Millionen Twitteratti oder auch nur dem US-Präsidenten nicht behagen. „Wollen Sie das wirklich?", fragt Greenwald.

Greenwald verkennt, dass das erstens schon längst geschieht (siehe Nacktheit auf Facebook) und dass es zweitens auch noch immer auf den Kontext und die Absicht ankommt, mit der ein schockierendes Bild gezeigt wird. Eine westliche „Plattform", die es iranischen oder burmesischen Dissidenten verbieten würde, die Gräuel der Regierung zu dokumentieren, wäre wohl ebenso in Bedrängnis wie ein Portal, das während laufender Revolutionen die Bilder gefallener Tyrannen (Ceausescu, Hussein, Gaddafi) zensiert. Neben der komplizierten juristischen, medienmoralischen oder technischen Ebene gibt es aber auch noch die symbolische Seite. Politologin Bernhardt beobachtet, dass der IS den öffentlichen Raum bildlich besetzt, während Barack Obama eingestand, „keine Strategie" zu haben. Die USA müssten signalisieren, dass sie das Kalifat unter Kontrolle haben. Die ägyptische Bloggerin Aliaa Magda Elmahdy ging wohl in diesem Sinne zu Werke. Sie nahm eine IS-Fahne, verschmierte sie mit Kot und Menstruationsblut und setzte sich mit gespreizten Beinen darauf. Blut gegen Blut? Eine schräge Provokation, aber keine Antwort.

Florian Klenk ist Chefredakteur der Wiener Stadtzeitung „Falter", wo der Text ursprünglich erschienen ist.

ERFOLGE

FREISPRUCH FÜR CLAUDIA MEDINA
Großer Erfolg der Kampagne Stop Folter – Start Now



350.000 Menschen aus 117 Ländern haben Claudia Medina Tamariz bisher unterstützt. Am 11. Februar 2015 wurde sie schließlich von allen Anklagepunkten freigesprochen. Ein großer Erfolg für unsere Kampagne – und natürlich für Claudia. Obwohl sie weiter dafür kämpft, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, kann sie nun ihr normales Leben wieder aufnehmen.

Claudia Medina Tamariz wird weiter kämpfen: „Ich möchte, dass die Verantwortlichen für meine Folter bestraft werden. Und dass sichergestellt wird, dass sie nicht mehr weiter foltern. Mein Bericht darüber, was ich erlitten habe, liegt jetzt beim Staatsanwalt. Bis jetzt ist nichts damit geschehen. Aber ich werde nicht nachgeben."

NMS Weiz

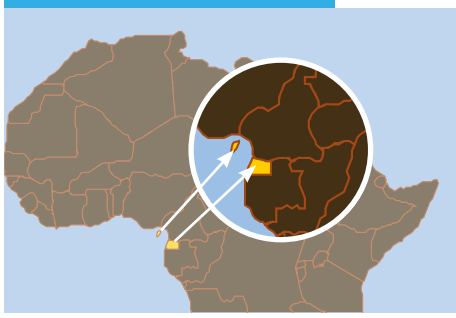
BRIEFMARATHON 2014:
Ein Menschenrechtsevent, das die Welt verbindet

Dein Brief kann Leben retten! Diese Gründungsidee von Amnesty International führen wir jedes Jahr zum 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, mit dem Briefmarathon fort. Auch 2014 beteiligten sich wieder weltweit Hundertausende Menschen an der Aktion, mehr als 2,5 Millionen Briefe wurden verschickt.

Österreichweit haben sich mehr als 17.800 Personen am Briefmarathon beteiligt und dabei 36.300 Briefe, Postkarten, Online-Appelle und Petitionslisten zu Gunsten von Liu Ping, Erkin Musaev und Moses Akatugba verschickt. Mehr als 3.000 SchülerInnen in über 160 Klassen haben gemeinsam Briefe geschrieben und damit ein klares Zeichen gegen Folter gesetzt, mehr als 29 Briefmarathon-Veranstaltungen fanden statt.

Hinter jeder dieser Aktionen steckt eine engagierte Person, die hinschaut wo andere wegschauen und zeigt, dass Zusammenhalt stärker ist als Unterdrückung. Danke für Ihre Unterstützung!

DREI GEWISSENSGEFANGENE FREIGELASSEN
Gute Nachrichten aus Äquatorialguinea



Celestino Okenve, Antonio Nguema und Miguel Mbomio waren zwischen dem 14. und 16. Januar festgenommen worden. Sie waren für das Verteilen von Flugblättern verhaftet worden, auf denen gegen die Austragung der Fußball-Afrikameisterschaft in Äquatorialguinea protestiert wurde. Die drei Männer waren mehr als zwei Wochen lang ohne Anklage inhaftiert. Während der polizeilichen Verhöre durften ihre Rechtsbeistände nicht anwesend sein. Nachdem sich Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen für sie eingesetzt hatten, ließ der Polizeichef die drei Männer am 10. Februar ohne Auflagen frei.

Celestino Okenve sagte nach seiner Freilassung: „Ohne den unschätzbaren Einsatz von Amnesty International und anderen Organisationen, die gegen Machtmissbrauch und Straffreiheit der Verantwortlichen kämpfen, wäre meine Freilassung und die meiner beiden Mitgefangenen so nicht möglich gewesen. Freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind fundamentale Menschenrechte. Sie sind der Grundstein einer jeden Gesellschaft, die danach strebt, eine Demokratie zu sein. Ich werde meine Arbeit fortsetzen..."

MEHR ALS WISSEN

Im Islam-Workshop der Amnesty Academy erfuhren die TeilnehmerInnen, was „Dschihad“ eigentlich bedeutet, dass es eine „Muezzin-App“ gibt und warum Österreichs MuslimInnen mit dem Islamgesetz nicht glücklich sind.

Von Silke Ruprechtsberger

Grüß Gott, herzlich willkommen und natürlich: Salam Aleikum“: Die bunte Schar, die Carla Amina Baghajati an diesem Sonntag im Gebetsraum der Islamischen Glaubensgemeinschaft im VII. Wiener Gemeindebezirk begrüßt, trifft man hier nicht alle Tage: Knapp 20 nichtislamische Frauen und Männer jeden Alters, darunter Lehrkräfte, StudentInnen und FlüchtlingsberaterInnen, haben sich zu einem Workshop der Amnesty Academy (siehe Infobox) versammelt. In Socken warten sie nun auf Sesseln oder am Teppichboden gespannt darauf, was der gemeinsame Tag mit Carla Amina Baghajati, der Frauenbeauftragten der Islamischen Glaubensgemeinschaft, und Volker Frey, dem Chef des Klagsverbands, bringen wird.

Bastian André

Die TeilnehmerInnen eint der Wunsch, ein Rüstzeug gegen Vorurteile parat zu haben und mehr über Österreichs zweitgrößte Glaubensgemeinschaft zu erfahren: „Ich fühle mich wie ein trockener Schwamm und bin dankbar für jeden Tropfen Wissen“, spricht ein junger Mann im „I love New York“-Sweatshirt aus, was viele denken. Eine Sozialanthropologie-Studentin ist „schockiert, wie oft und selbstverständlich Muslime in den Medien diskriminiert werden“. Ein älterer Herr möchte mehr zum österreichischen Islamgesetz erfahren. Und Hanna, die technische Chemie studiert, geht es einfach „um ein gutes Zusammenleben“.

Im Einführungsblock gibt Antidiskriminierungsrechtler Frey einen geschichtlichen Abriss zur Religionsfreiheit, bevor er auf das neue Islamgesetz eingeht: Dieses stehe unter dem Grundproblem, zwei Glaubensgemeinschaften – die islamische und die islamisch-alevitische unter einen Hut bringen zu müssen und sei „sehr stark unter dem Sicherheitsaspekt novelliert worden“. Das sieht auch Baghajati so: „Viele Muslime werten es als großes Misstrauen, dass in dem Text betont wird, dass staatliche Gesetze Vorrang vor religiösen haben. Das ist seit 1867 schon so und wir stellen das nicht in Frage.“ Zudem zwinge sie das Verbot der Auslandsfinanzierung zu Stiftungskonstruktionen und damit „weniger Transparenz als wir eigentlich wollen“.

VON DEN „FÜNF SÄULEN“ ZUM „DSCHIHAD“. Im anschließenden „Islam-Crashkurs“ führt Baghajati die TeilnehmerInnen im Eilzugstempo durch die sechs Glaubensgrundsätze (Glaube an den einen Gott, an die Propheten, an die geoffenbarten Bücher, an Engel, an das Jenseits und an die göttliche Vorsehung), die fünf Säulen des Islam (Glaubensbekenntnis, fünfmaliges Gebet, soziale Pflichtabgabe, Fasten im Ramadan, Pilgerfahrt nach Mekka) und weitere zentrale Themen. Später werden die Anwesenden auch erfahren, dass der Koran Muslimen ausschließlich zur Verteidigung und nach politischer Legitimierung den Griff zur Waffe („kleiner Dschihad“) erlaubt und dass die Scharia als islamische Rechtsordnung ein umfassendes Regelwerk für ein gottgefälliges Leben darstellt, das

ZÄHLT DIE HALTUNG

Bastian André

nicht auf das Strafrecht verkürzt werden soll.

Das Kopftuch sei, so Baghajati, die selbst eines trägt, weder Glaubensgrundsatz noch Säule, allerdings herrsche ein Konsens unter den Gelehrten, dass es zur Glaubenspraxis dazugehöre: „Dadurch, dass das Kopftuch sichtbar ist, birgt es die Gefahr einer Ideologisierung von beiden Seiten. Wichtig ist das Recht auf Selbstbestimmung“, so die Frauenreferentin. Und so ganz nebenbei erfahren die Anwesenden auch, dass heutzutage beim täglichen, fünfmaligen Gebet eine „Muezzin-App“ Moslems den Blick auf die Uhr erspart.

Bei islamfeindlichen Vorurteilen könnten Begegnung und Aufklärung Vieles verändern, gegen konkrete Handlungen („etwa, wenn eine Frau wegen ihres Kopftuchs einen Job nicht bekommt“) brauche es aber manchmal auch Rechtsdurchsetzung, ist Frey überzeugt. Nach der Mittagspause führt der Jurist aus, warum hier keine neuen Gesetze nötig sind: „Paragraph 33 Strafgesetzbuch bietet ohnehin die Möglichkeit, es als erschwerend zu werten, wenn eine Tat aus diskriminierenden Motiven geschieht. In der Praxis wird er aber in der Regel nicht angewendet.“ Er wünsche sich, dass Polizei und Staatsanwaltschaft mehr Sensibilität entwickeln und rassistische und andere „verwerfliche“ Motive stärker abfragen und berücksichtigen, ergänzt er später im persönlichen Gespräch.

Am Ende des Tages bleiben naturgemäß viele Fragen offen. „Viel mehr als die Wissensebene zählt aber die Haltung“, ist Baghajati überzeugt. Gesamtgesellschaftlich brauche es ein Bewusstsein für Islamfeindlichkeit und dafür, dass diese alle betrifft. Darauf aufbauend könne die Bereitschaft entstehen, im Alltag nicht wegzusehen. Bei den Betroffenen gehe es darum, sich nicht zum Opfer machen zu lassen: Baghajati: „Es reicht schon, in der U-Bahn laut zu sagen: Haben Sie wirklich soeben Fetzenweib zu mir gesagt?“ Und: „Bei entschiedenem Einschreiten könnten die Menschen auch entdecken, dass es Lebensqualität bringt, Zivilcourage zu zeigen.“ Flüchtlingsbetreuerin Andrea aus Mondsee nimmt von dem Tag mit nach Hause, „dass die österreichischen Muslime genauso froh sind über unser Rechtssystem und dass Religion und das, was bestimmte Gruppen und Staaten wie Saudi-Arabien daraus machen, zwei Paar Schuhe sind“.

TÜREN ÖFFNEN, VORURTEILE ABBAUEN. „Der Islam-Workshop in Kooperation mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft findet heuer zum sechsten Mal statt und ist ein Fixpunkt der Amnesty Academy“, sagt Academy-Leiterin Tanja Prinz-Alves: „Ziel war von Anfang an, Vorurteile abzubauen und Türen zu öffnen.“

Dass die Islamische Glaubensgemeinschaft ihre Türen auch ganz real öffnet, kommt bei der Gruppe besonders gut an: „Ich sehe das als besondere Freundlichkeit, dass wir im Gebetsraum sein durften“, sagt denn auch eine Frau zum Abschluss – und erntet Zustimmung von allen Seiten.

AMNESTY ACADEMY

Nutzen Sie Ihr Recht auf Bildung!

Als Bildungseinrichtung von Amnesty International Österreich bietet die Amnesty Academy kompakte Veranstaltungen zu menschenrechtlich und politisch aktuellen Themen. Praxisorientiert, unabhängig und mit der Erfahrung internationaler ExpertInnen. Infos: www.academy.amnesty.at

Silke Ruprechtsberger ist PR-Expertin und freie Journalistin.

HERBERT PFARRHOFER / APA / picturedesk.com

Solidaritätsaktion „Küssen im Prückel“

Nach dem Rauswurf eines sich küssenden lesbischen Paars aus dem Wiener Traditionscafé Prückel haben sich eine Vielzahl von LGBTI-Organisationen, darunter auch Queeramnesty, zusammengetan und eine Solidaritätsaktion veranstaltet. 2.000 Menschen haben mit ihnen gegen Homophobie demonstriert.

„Es ist dringend an der Zeit, dass die österreichische Gesetzgebung ihre Verantwortung im Bereich des Diskriminierungsschutzes ernst nimmt, die bestehenden Lücken schließt und umfassend vor Diskriminierung schützt“, fordert die Queeramnesty-Sprecherin Mariam Vedadinejad. „Es kann nicht sein, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen diskriminiert werden und keinen rechtlichen Schutz gegen diese Diskriminierung erhalten.“

Vienna City Marathon 2015: Laufen für die Menschenrechte

Am 12. April findet der diesjährige Vienna City Marathon statt: Werden Sie Mitglied des RUN FOR CHARITY-Teams von Amnesty International und unterstützen Sie mit Ihrem Lauf unsere internationale Kampagne STOP FOLTER.

1.) Wählen Sie bei der Anmeldung zum Vienna City Marathon „Run for Charity“ aus (Sie können auch teilnehmen, wenn Sie bereits angemeldet sind!)
2.) Legen Sie Ihre eigene Spendenseite an.
3.) Lassen Sie sich für Ihren Lauf von Ihrer Familie und FreundInnen unterstützen und sammeln Sie so wertvolle Spenden gegen Folter.

Als RUN FOR CHARITY-Teammitglied bekommen Sie von uns das hochwertige Menschenrechte Bewegen-Sportpaket, Informationen zu STOP FOLTER Aktivitäten rund um den Vienna City Marathon, einen STOP FOLTER-Banner für den Zieleinlauf, um unser Anliegen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen! Wir freuen uns auch auf ein gemeinsames Treffen auf der Vienna Sport´s World!

Alle Informationen gibt es unter www.amnesty.at/vcm
Laufend Spenden sammeln ist ganz einfach.

Andrea Peller

One Billion Rising

Am 14. Februar fand ein weltweiter Aktionstag unter dem Motto „One Billion Rising: Revolution“ statt, an dem Menschen aus über 200 Ländern in Protestzügen, spontanen Happenings und bei Tanz- und Kunstaktionen gegen Gewalt an Frauen eintraten.

Amnesty International war mit der Kampagne „Mein Körper. Meine Rechte“ auch wieder mit dabei.

One Billion Rising ist eine weltweite Initiative für ein Ende der Gewalt an Frauen und Mädchen. Die „Milliarde“ steht für die statistische Aussage der Vereinten Nationen, dass ein Drittel aller Frauen und Mädchen in ihrem Leben Opfer von Gewalt werden.

Mahnwache für Raif Badawi

www.corn.at, Heribert CORN

Jeden Donnerstag um 16:30 demonstrieren wir vor der saudi-arabischen Botschaft für das Recht auf freie Meinungsäußerung in Saudi-Arabien und fordern die Freilassung von Raif Badawi und den anderen Gewissensgefangenen. Einige der AktivistInnen sind mit Ensaf Haidar, Raif Badawis Frau, in direktem Kontakt. Sie sagt: „Vor einem Jahr versuchte ich eine Protestkundgebung für Raif vor der Saudi-Arabischen Botschaft in Kanada zu organisieren; eine einzige Mahnwache erschien mir wie ein Traum! Aber seit Kurzem und mit der Unterstützung von Amnesty-Aktivistinnen und -Aktivisten, ist dieser unmögliche Traum zu einer wiederkehrenden Realität in den meisten Großstädten dieser Welt geworden; ja, mit euren wöchentlichen Protesten habt ihr weitere Auspeitschungen an Raif durch dieses despotische Regime bisher sechs Mal hintereinander verhindert... Immer, wenn es mir gelingt, direkt mit Raif zu sprechen, erzähle ich ihm, was alles geschieht.[...] Das letzte Mal war er zu tiefst berührt zu hören, dass die Aktivistinnen und Aktivisten noch immer für ihn demonstrieren; egal unter welchen Umständen und Wetterverhältnissen. [...]Bitte hört damit nicht auf, bis Raif frei ist.“

Ein Vermächtnis für die Menschenrechte

Martin (Name von der Redaktion geändert) war Soziologe, er liebte Yoga und brannte für Menschenrechte. Die Ungerechtigkeiten dieser Erde, insbesondere die Diskriminierung von Minderheiten, machten ihn wütend und zornig. In Diskussion mit Freunden und Verwandten war er bei diesem Thema sehr hartnäckig. Er vertrat die Auffassung, dass auch der Einzelne viel bewirken kann - und dass soziale Organisationen wie Amnesty International im Kampf für die Menschenrechte und gegen das Unrecht auf dieser Welt unterstützt gehören. So hat Martin auch sein gesamtes Vermögen Amnesty International hinterlassen. Dass das Geld auch tatsächlich bei uns angelangt ist, verdanken wir auch der Ehrlichkeit von Martins Bruder. Dieser, ursprünglich der Alleinerbe, fand nämlich erst im Zuge der Wohnungsauflösung ein handschriftlich verfasstes Testament zugunsten von Amnesty International – das er gemeinsam mit allen Wertgegenständen aus der Wohnung dem zuständigen Notar übergab. Im Bankschließfach fanden wir dann noch zusätzlich ein Amnesty Kuvert mit Bargeld – für uns ein sehr schönes Zeichen für Martins Verbundenheit mit unserer Organisation.

Martins Bruder besuchte uns in unserem Büro, er informierte sich über die Arbeitsweise von Amnesty International und kommentierte: „Das hätte Martin sehr gefallen!“

Mit dem Geld, das Martin uns hinterlassen hat, können wir von Amnesty International alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen rund 1 Jahr lang bezahlen oder mehrere österreichweite Kampagnen zu Menschenrechtsthemen wie „Stop Folter“ oder „Mein Körper, meine Rechte“ finanzieren.

Falls auch Sie sich für ein Vermächtnis zugunsten von Amnesty International interessieren, wenden Sie sich bitte an Mag. Christian March, Leiter des Spendenteams unter 01/78008-35 oder **christian.march@amnesty.at**

Menschenrechte sind immer ein Gewinn!

Ganz besonders für unseren langjährigen Spender Werner P., der bei der Spendenlotterie 2014 einen der Hauptpreise gewonnen hat. Amnesty International beteiligt sich seit Jahren bei der Gemeinschaftslotterie „Lotterie mit Herz“. Der Reinerlös der Lotterie geht an die teilnehmenden Organisationen und unterstützt diese bei ihrer wichtigen Arbeit. Auch in diesem Jahr können Sie wieder tolle Preise gewinnen und gleichzeitig Amnesty International finanziell unterstützen. Die Lotterie mit Herz 2015 startet im April. www.lotterie-mit-herz.at

Wir gratulieren Werner P. herzlich und wünschen gute Fahrt!

Astrid Becker

„DIE KRONE FÜR MEINE BEMÜHUNGEN“

„Spielregeln haben mich schon immer interessiert“, sagt Lilian Hofmeister. Mit 26 wurde sie Richterin. Seit Jahresbeginn ist die heute 64-Jährige die erste Österreicherin im CEDAW-Komitee, dem wichtigsten UN-Gremium für Frauenrechte.

Von Silke Ruprechtsberger

Es war eine Mischung aus persönlichen Erfahrungen und einer bahnbrechenden Begegnung, die Lilian Hofmeister mit Anfang dreißig zu dem machte, was sie eine „feministische Juristin“ nennt. Richterin am Wiener Handelsgericht war sie damals, noch dazu die jüngste von allen, und Mutter einer kleinen Tochter. „Vom Gerichtspräsidenten abwärts waren alle männlichen Richter nach einer Woche per Du. Junge männliche Richter waren damals also gleich willkommen, Richterinnen hingegen nur geduldet. Das hatte System“, erinnert sich die Wienerin an die Anfänge ihrer Karriere.

Das erste Treffen mit Johanna Dohnal, der Ikone der österreichischen Frauenbewegung, brachte die junge Richterin zum Nachdenken. Anfang der 90er Jahre wurden Hofmeister und eine Kollegin zu juristischen Beraterinnen der historisch ersten Frauenministerin Österreichs. Das bis heute international kopierte österreichische Gewaltschutzrecht, das unter anderem erlaubt, gewalttätige Männer mit einer Bannmeile ums eigene Heim zu belegen (Wegweisung), ist beispielsweise Frucht dieser starken Allianz.

Als renommierte Handelsrichterin stand Hofmeister in vielen großen Insolvenzverfahren – etwa dem Ausgleich von Ankerbrot – im Fokus der Öffentlichkeit. Gleichzeitig zog sie als Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen Anfeindungen seitens ihrer Vorgesetzten und Kollegen auf sich. „Mein Engagement für Frauenrechte hat fast meine Berufslaufbahn zerstört“, sagt sie heute. Dass sie seit 1998 Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofes ist, hat sie inzwischen versöhnt.

Nicht nur deshalb sieht die Wienerin ihre erfolgreiche internationale Wahl

Alexandra Gruber

ins CEDAW-Komitee der UNO (siehe Infobox) als „Krönung meiner nationalen und internationalen Bemühungen zur Stärkung der Frauenrechte“.

Ihrer Heimat stellt Hofmeister in Sachen Frauenrechte ein gutes Zeugnis aus: „Österreich ist sicher im oberen Drittel der CEDAW-Staaten.“ Die Vollziehung schwanke allerdings: Während die Polizei etwa bei Wegweisungen in der Regel hochprofessionell agiere, seien Staatsanwälte noch nicht ausreichend geschult. Die pensionierte Richterin plädiert deshalb für verpflichtende Weiterbildung.

International gesehen sieht Hofmeister Krieg und Hunger als die größten Bedrohungen von Kinder- und Frauenrechten. Neben der Gewaltfreiheit will sich das neue CEDAW-Mitglied auch für den Zugang zu Bildung für Mädchen einsetzen.

„Auch wenn wir keine rechtlich bindenden Urteile sprechen können, bewirken die Überprüfungen des CEDAW-Komitees etwas“, ist Hofmeister überzeugt: „Jeder Staat will gut dastehen. Öffentliche Kritik seitens der Staatengemeinschaft tut weh.“

Der Maßstab für ihre Arbeit ist – neben den Buchstaben des Gesetzes versteht sich – dabei derselbe geblieben: „Wenn ich etwas für mich, meine Tochter, meine Enkeltochter nicht möchte, dann will ich auch nicht, dass es anderen Frauen passiert.“

CEDAW

Engagement gegen Frauendiskriminierung

Die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (engl.: CEDAW) wurde seit ihrem Inkrafttreten im Jahr 1981 von 188 Staaten unterzeichnet. Seit 1982 wacht das CEDAW-Komitee aus (derzeit) 23 ExpertInnen über ihre Einhaltung. In mehreren Teams prüfen diese (unter Einbeziehung lokaler NGOs) die Länderberichte und formulieren Empfehlungen. Nach vier Jahren stehen die Staaten erneut auf dem Prüfstand.

AKTIV FÜR MENSCHENRECHTE

AMNESTY INTERNATIONAL

MV15
MITGLIEDERVERSAMMLUNG

17. bis 19. April 2015
JUFA Wien City,
Mautner Markhof-Gasse 50,
1110 Wien

Liebes Mitglied von
Amnesty International Österreich!

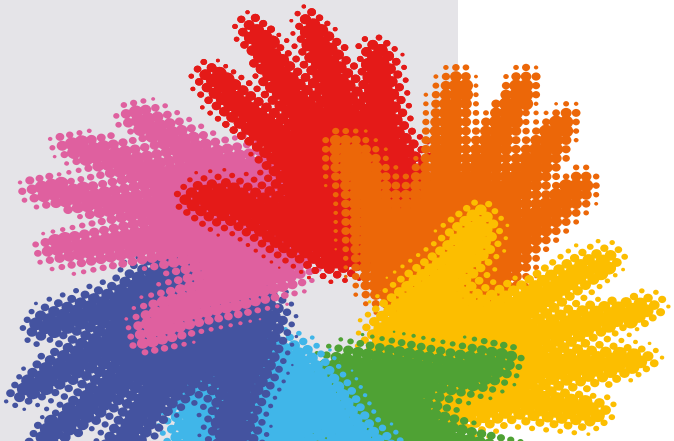
Die Welt um uns herum ist in Bewegung! Nicht nur die Außenwelt verändert sich immer rasanter, sondern auch Amnesty, intern wird einiges umstrukturiert und entwickelt.

Bei der diesjährigen MV möchten wir die TeilnehmerInnen in den Strategieprozess miteinbeziehen. Deine/Ihre Gedanken, Ideen und Meinungen zu einer zukunftsweisenden Menschenrechtsarbeit in Österreich fließen in den weiteren Strategieprozess ein, der im Herbst 2015 abgeschlossen sein wird. Je breiter die Strategie mitgetragen wird, umso stärker sind wir als Gesamtorganisation.

Wir wollen bei dieser wichtigen Veranstaltung für Amnesty International Österreich im Rahmen des Strategieprozesses neue Formen des gemeinsamen Arbeitens kennenlernen und erproben. Wir laden Sie/Dich ein, sich/Dich gemeinsam mit uns darauf einzulassen.

Wir freuen uns auf eine spannende MV und hoffen auf rege Teilnahme.

Gleich anmelden unter:
www.amnesty.at/mv2015-anmeldung



AMNESTY INTERNATIONAL ACADEMY

Amnesty Academy Veranstaltungen März-Juni 2015

Willkommen in Österreich
Alltag, Grundversorgung und Perspektiven von Flüchtlingen
6. März 2015, 16:00-19:00

Die Gleichbehandlungsanwaltschaft stellt sich vor
Aufgaben, Arbeitsweise und Berichte aus der Praxis
20. März 2015, 15:00-18:00

„...eh alle gemeint?“
Formen geschlechtergerechter Sprache und individueller Strategien
11. April 2015, 10:00-17:00

„Da muss man doch etwas tun!“
Hintergründe und Dynamik der internationalen Menschenrechtspolitik
17. April 2015, 16:00-20:00

Eingesperrt zu meinem Schutz?
Selbstbestimmung in besonderen Lebenssituationen auf dem Prüfstand
25. April 2015, 10:00-17:00

Menschenrechte finden Stadt
Ein Menschenrechtsspaziergang durch Wien
9. Mai 2015, 10:00-13:00

Politik der Menschenrechte
Einblicke in die Arbeit des Menschenrechtsausschusses
12. Juni 2015, 12:00-15:00

fotolia / iStock / Wien Tourimus Peter Rigaud

Nähere Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen finden Sie unter
www.academy.amnesty.at

Gerne steht Ihnen das Team der Amnesty Academy auch für ein unverbindliches Beratungsgespräch zur Verfügung.

Amnesty Academy
Moeringgasse 10
1150 Wien
Tel.: +43 (01) 78008
Fax: +43 (01) 78008-44
E-Mail: academy@amnesty.at

AKTIV FÜR MENSCHENRECHTE

Sie können unmittelbar etwas bewegen – mit den angehängten Postkarten. Der massive internationale Druck von Menschen wie Ihnen zeigt Wirkung: Unschuldige werden freigelassen, bedrohte Menschen werden geschützt, zum Tode Verurteilte werden nicht hingerichtet. Ihre Unterschrift macht einen Unterschied!

Wenn Sie sich regelmäßig gegen drohende Menschenrechtsverletzungen einsetzen möchten, werden Sie doch Teil unseres Urgent Action-Netzwerks! Informationen dazu und weitere Appelle finden Sie auf unserer Website unter www.amnesty.at/urgentaction

TÜRKEI: Gerechtigkeit für Ali Özdemir!

Ali Özdemir ist ein Kind auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien. Er hat die türkische Grenze mit einer Gruppe von neun weiteren Flüchtlingen in der Nacht von 18. auf den 19. Mai 2014 beinahe erreicht, als ihn Grenzbeamte ohne jegliche Vorwarnung in den Kopf schießen. Schwer verletzt, aber immer noch bei Bewusstsein, wird Ali von der Flüchtlingsgruppe in mehrere angrenzende syrische Spitäler gebracht, doch keines ist in der Lage, ihn medizinisch zu versorgen. Schließlich gelingt es, ihn für eine Notfalloperation in ein türkisches Krankenhaus nach Kiziltepe, und ein paar Tage später nach Diyarbakir zu bringen. Ali überlebt, doch er erblindet auf beiden Augen.

FAMILIE BEI FLUCHT GETRENNT. Alis Vater und seine Geschwister sind zu diesem Zeitpunkt bereits in Kiziltepe. Nach seinem 18-tägigen Krankenhausaufenthalt kann Ali von seiner Familie aufgenommen werden. Im Juni erhält Ali schließlich ein Visum für Deutschland, wo seine Mutter lebt. Bis zum Frühling 2015 wird ihm dort vorübergehender Schutz gewährt. Seit dem Vorfall an der Grenze leidet Ali an Alpträumen und geht wöchentlich zu einem Psychologen. Neben dem Verlust seines Augenlichtes hat er zusätzlich seinen Geruchssinn verloren.

STRAFLOSIGKEIT. Am 30. Oktober 2014 erstattet Alis Vater, Gani Özdemir, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft. Bis heute hat die Familie noch keine Antwort des Büros der Staatsanwaltschaft erhalten.

ZURÜCK IN DEN KRIEG GESCHICKT. Flüchtlinge aus dem syrischen Kriegsgebiet werden an der türkischen Grenze häufig abgewiesen und nach Syrien zurückgeschickt. Im Bericht „Struggling to Survive“ hat Amnesty dokumentiert, dass zwischen Dezember 2013 und August 2014 mindestens 17 Menschen an der Grenze erschossen wurden.

Fordern Sie vom türkischen Justizminister eine sofortige, unabhängige und umfassende Untersuchung zu dem Fall. Alle Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem muss Ali Zugang zum Recht sowie Entschädigung erhalten.

Porto Standardbrief bis 20g: 0,80 Euro

NIGERIA: Sondereinheit für Raubüberfälle (SARS) muss Folter beenden!

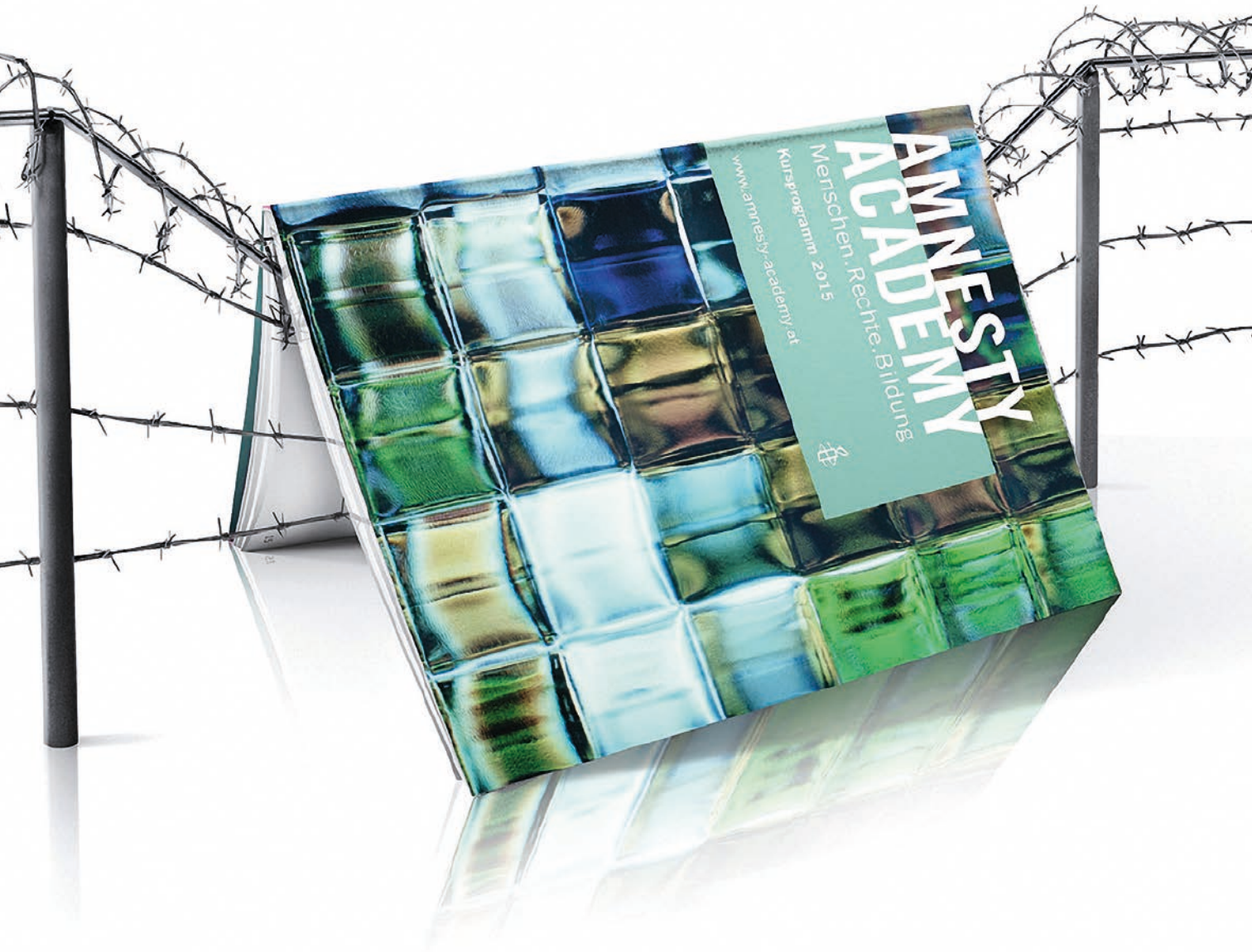
„Ich wurde zusammengeschlagen. Sie brachten mich zu einem Platz, den sie „Theater“ nennen...Sie fesselten meine Hände hinter meinen Rücken und ließen mich angebunden an einer Eisenstange hängen. Sie zogen von beiden Seiten an den Seilen.“ – die Erzählung eines ehemaligen Gefangenen in SARS Awkuzu.

Folter in nigerianischen Haftanstalten ist weit verbreitet und wird oft routinemäßig eingesetzt. Das Ziehen von Nägeln und Zähnen, Würgen, Elektroschocks und sexuelle Gewalt gehören zu den Folterpraktiken; viele Polizeiwachen haben inoffizielle „Folterbeauftragte“. Erleichtert wird Folter auch dadurch, dass ein Großteil der Gefangenen in Isolationshaft gehalten wird – ohne Kontakt zur Außenwelt, zu AnwältInnen, Gerichten oder der Familie.

Amnesty International hat im SARS Awkuzu, der Sondereinheit für Raubüberfälle, mehrere Fälle von Folter durch die Polizei dokumentiert. Des weiteren wurden Gefangene ohne Anklage inhaftiert, der Zugang zu AnwältInnen oder zu Angehörigen wurde ihnen verweigert. Dies ist eine Verletzung grundlegender Rechte.

Schreiben Sie an das Gefängnis und fordern Sie ein sofortiges Ende von Folter.

Postkarte bitte mit 1,70 Euro freimachen



KURS AUF MENSCHENRECHTE.
Wir bilden die Zivilgesellschaft

Zivilcourage lässt sich lernen. In der Amnesty Academy.

WORKSHOPS, DISKUSSIONEN
UND LEHRGÄNGE UNTER
WWW.AMNESTY-ACADEMY.AT

AMNESTY
INTERNATIONAL
ACADEMY